

14.00
10.50
10.30
auf. Briefe

Edelapp
lat 10-25
0-15; K
ben 10-15
nat 18-22
eln 130 bis
-12
n 450-560
rhardt
20, Kabin
450-700
380, Jung

n Forstam
auf wurden
s Beibeh
grundrech
päler 22.90
Radelhol
100 buche
n Forstam
versteigert
on 12.10
s von 8 M

Dichtungen

mäßig aus
ist deshalb

1468

1468

cher

Hanfstadt
ten -40
Originals
ungen voll
nach einer
-40

und zent
Oper -40

in Form
-40

gaben
Leistungen
s in letzter
1,20

Operette
-40

höpferischer
-70

gold.

1481

weine

ausser

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Mit den illustrierten Unterhaltungsbeilagen
Festerrunden und „Unsere Heimat“

Bezugspreise:
Monatlich einschließlich Trägerlohn M 1.60
Einzelnummer 10

erscheint an jedem Werktag
Verbreitete Setzung im O.A.-Bezirk Nagold
Veranstaltung, Druck u. Verlag von E. W. Sailer (Karl Sailer) Nagold



Mit der landwirtschaftlichen Wochenbeilage
„Haus-, Garten- und Landwirtschaft“

Anzeigenpreise:
Die einpaltige Seite aus gewöhnlicher Schrift oder
deren Raum 15 S., Familien-Anzeigen 12 S.
Reklame-Seite 50 S., Sammelanzeigen 50 % Aufschlag
für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben und
an besonderen Plätzen, die für telephonische Aufträge und
Chiffre-Anzeigen wird keine Gewähr übernommen.

Nr. 96

gegründet 1826

Dienstag den 27. April 1926

Samstagspreis Nr. 29

100. Jahrgang

Das Schweizer Getreidemonopol

Die Schweiz war im Jahr 1915 im Krieg zum Getreidemonopol übergegangen. Der Schweizer Bundesrat hatte auf Grund eines Ermächtigungsgesetzes der Bundesversammlung zur Sicherung der Getreideversorgung während der Kriegszeit das Einfuhrmonopol zur Durchführung gebracht, um auf diese Weise die Einfuhr von Getreide, die seitens der kriegsführenden Staaten zeitweise gefährdet erschien, sicher zu stellen. Nur etwa 20 Prozent des Bedarfs an Brotgetreide stehen im eigenen Land zur Verfügung, so daß 80 Prozent eingeführt werden müssen. Die jährliche Einfuhr an Brotgetreide dürfte ungefähr 400 000 Tonnen bei einer Eigenherzeugung von etwa 200 000 Tonnen betragen, wovon aber etwa 100 000 Tonnen Selbstverbrauch der bäuerlichen Bevölkerung abgezogen sind.

Die im Krieg gefährdete Ernährungslage der Schweiz gab weiterhin Veranlassung dazu, den inländischen Getreidebau mit aller Macht zu fördern und seitens der Bundesregierung möglichst ausgiebige Vorräte anzulegen. Das konnte nur dadurch wirksam in die Wege geleitet werden, daß man den Erzeugern die über den Selbstverbrauch hinausgehende Erzeugung zu lohnenden Preisen abnahm und gleichzeitig einen Vorrat hielt, der im allgemeinen mindestens 30 000 Tonnen betragen sollte. Zeitweise ist es während des Kriegs durch die Maßnahmen der Bundesregierung gelungen, den Getreidebau beträchtlich zu fördern.

Die Gestaltung der staatlichen Getreideverwaltung, die sich seit der Kriegszeit erhalten hat, ist derart, daß sie die Einfuhr von Weizen, Roggen und von Mahlerzeugnissen aus diesen Getreidearten übernommen hat, während der Handel im Inland frei ist, mit der Einschränkung, daß von der Monopolverwaltung an die Mühlen geliefertes Getreide zu vermahlen ist und unverarbeitet nicht weiterverkauft werden darf. Die Eindeutung des Auslandsgetreides geht nach kaufmännischen Grundrissen vor sich. Die Lagerung erfolgt in den Lagerhäusern der Bundesbahnen oder der Heeresverwaltung, sowie der eigenen, der Getreideverwaltung gehörenden Magazinen, ferner in privaten Lagerhäusern, zum großen Teil auch in den mit der Vermahlung beauftragten Mühlen.

Die Abnahme des Inlandsgetreides erfolgt durch die Vermittlung der landwirtschaftlichen Genossenschaften und genossenschaftlichen Verbände, die das Getreide für Rechnung des Bundes übernehmen und es nach Möglichkeit unmittelbar den mit der Vermahlung beauftragten Mühlen zuleiten. Um der schweizerischen Mühle Arbeit zu sichern, wird soweit als nur irgend möglich die Einfuhr von Mehl vermieden. Die Lieferung seitens der Getreideverwaltung an die Mühlen erfolgt in der Regel gegen Vorauszahlung. Die Preise werden nach der Güte des Getreides franco Empfangsstation festgesetzt, wodurch den entlegenen Gebieten ein Vorteil entsteht. Auch sorgt die eidgenössische Verwaltung für ein richtiges Mischungsverhältnis zwischen inländischen und ausländischen Erzeugnissen. Während man bis zum Jahr 1920 für das übernommene Inlandsgetreide im allgemeinen den gleichen Preis, zu dem das eingeführte Getreide abgegeben wurde, bezahlte, hat seitdem die Monopolverwaltung im Interesse der Förderung der einheimischen Erzeugung dem Inlandsgetreide Vorzugspreise gewährt, die im allgemeinen über dem Weltmarktpreis lagen und für 100 Kilogramm Weizen mindestens 38, höchstens 45 Franken betragen. An die Erzeuger von Getreide, die solches für ihren eigenen Haushalt verwenden, wird eine sogenannte „Mahlprämie“ gezahlt, die in der Regel 5 Franken für 100 Kilogramm beträgt, für Gebirgsgegenden aber bis auf 8 Franken erhöht werden kann. Zu diesem Zweck hat der Bund 4 Millionen Franken besonders bewilligt, während die Getreideverwaltung sich seit 1922 selbst zu erhalten und ohne Zuschüsse des Staats ihre Ausgaben zu decken hat.

Diese Maßnahmen haben mit Ausnahme der Mahlprämie bisher noch keine gefühlte Grundlage gehabt, sondern beruhen auf den erwähnten seinerzeitigen Vollmachten, die dem Bundesrat gegeben worden waren. Nun wurden in die Bundesverfassung neue Bestimmungen aufgenommen, die die Maßnahmen zur Förderung des Getreidebaus und das Einfuhrmonopol von Brotgetreide festlegen. Diese Bestimmungen enthalten auch die folgenden Richtlinien für die Abnahme des inländischen Brotgetreides und die Verkaufspreise der Monopolverwaltung:

1. Die Einkaufspreise für inländisches Brotgetreide sind so zu bemessen, daß der Anbau ermöglicht wird.
 2. Die Verkaufspreise sind so niedrig als möglich, jedoch so festzusetzen, daß der Einkaufspreis des ausländischen und inländischen Getreides, die Verzinsung des Betriebskapitals und die Kosten gedeckt werden. Vorbehaltlich der Bildung von Rücklagen zum Zweck des Preisausgleichs soll kein Gewinn erzielt werden. Die Gebirgsgegenden sind durch Maßnahmen zu berücksichtigen, die geeignet sind, eine Ausgleichung der Mehlpreise herbeizuführen.
- Die Bundesversammlung (Ständerat und Nationalrat) haben mit erheblicher Mehrheit diese Bestimmungen genehmigt, die nimmehr der Volksabstimmung zu unterbreiten sind. Gegen den Monopolplan hat sich in der Schweizer Industrie und im Handel eine Gegnerschaft geltend gemacht, die zwar den Maßnahmen zur Förderung des inländischen Getreidebaus (Gewährung von Mahlprämien und eines angemessenen Preises für das Inlandsgetreide) zustimmen, das Einfuhrmonopol aber ablehnen.

Held contra Völkerbund

Deutschnationaler verneinen die Politik Luther-Strefemann — Bedrückung des Deutschtums überall

München, 26. April. Im Landesausschuß der Bayerischen Volkspartei, der in Regensburg tagte, erklärte Ministerpräsident Dr. Held, was man seit Locarno erlebt habe, sei eine Kette von Enttäuschungen. Namentlich in der Pfalz sei es schlimmer geworden als je. Die Meinung habe sich als Trugbild erwiesen, daß Deutschland mittels des Völkerbunds Außenpolitik treiben könne; es könnte sich vielmehr außerhalb des Völkerbunds viel stärker geltend machen. Es sei beinahe entwürdigend für Deutschland geworden, wie gewisse Parteien und zum Teil auch die Reichsregierung das Spiel mit dem Völkerbund getrieben haben, in die „Studienkommission“ hineinzugehen, ohne zu wissen, welche Zuständigkeit sie habe. Keine Weltpolitik zu treiben, halte er für verfehlt. Bezüglich der Fürstenabfindung habe es sich gezeigt, daß das Rechtsgefühl des deutschen Volkes doch einen starken Stoß erlitten haben müsse, sonst wäre das Vorgehen unbegreiflich. Die bayerische Bevölkerung dürfe in der Frage der Staatsvereinfachung zu ihrer Regierung volles Vertrauen haben.

Die christlichen Gewerkschaften zur Staatsvereinfachung

München, 26. April. In einer großen Versammlung der christlichen Gewerkschaften, in der die Regierung vertreten war, wurde eine Entschließung einstimmig angenommen, daß die vielen unnötigen Posten und Ämter, die meistens mit nichtvorgebildeten und unfähigen Leuten besetzt seien, wieder abge schafft werden; das würde die beste Verwaltungsvereinfachung sein. In der Versammlung erklärte der frühere Reichsminister Giesberts sich unter stürmischer Zustimmung gegen das Gemeindefeststellungsrecht, das der verkehrteste Weg sei, den Alkohol zu bekämpfen. Es sei bedauerlich, daß die evangelische Landesbewegung Bayerns dafür eintrete. Der nächste 12. christliche Gewerkschaftskongress soll in München stattfinden.

Am 15. April wurden in Bayern 358 089 Personen gezählt, die von Erwerbslosenfürsorge leben.

Deutschnationaler Ablehnung des Beitritts zur Koalition

Berlin, 26. April. Auf dem Landesparteitag in Potsdam erklärte der Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei, Graf Restar, die Partei wolle namentlich im

Der zuständige Bundesrat Schulthess wies in den Verhandlungen im Bundesrat darauf hin, daß die Förderung der Verstaatlichung der Getreideeinfuhr mit den andern Maßnahmen in einem inneren Zusammenhang stehe und ein untrennbares Ganze bilde. — Die Volksabstimmung über das Gesetz wird voraussichtlich im Herbst stattfinden. Es ist bemerkenswert, daß in der schweizerischen Bundesversammlung ein großer Teil der freisinnigen und sämtliche Sozialdemokraten für die Vorlage stimmten, die von der Regierung damit begründet wurde, die Erhaltung des schweizerischen Bauernstandes sei notwendig im Interesse der Erhaltung des schweizerischen Volkstums, der nationalen Würde und der Landesverteidigung.

Das Vorgehen der Schweiz ist auch für Deutschland von größtem Interesse, zumal, da der Reichstag in letzter Zeit Maßnahmen zur Hebung des Roggenpreises beschließen mußte, um die deutsche Landwirtschaft gegenüber der sinnlos hoch gewordenen Einfuhr von überflüssigem Auslandsgetreide vor dem Zusammenbruch zu bewahren.

Neuestes vom Tage

Der deutsch-russische Vertrag unterzeichnet

Berlin, 26. April. Nachdem der Reichspräsident seine Zustimmung gegeben hatte, wurde am Samstag nachmittag im Auswärtigen Amt der deutsch-russische Vertrag durch Dr. Stresemann und den russischen Botschafter Krestinjki unterzeichnet. Die Vertreter der Parteien waren vorher von dem Inhalt unterrichtet worden.

Ueber den Inhalt des Vertrags, der vier Artikel enthält, verläutet: Die beiden Vertragsschließenden sichern sich gegenseitig Neutralität zu, wenn einer derselben ohne eigene Veranlassung von anderer Seite angegriffen wird. Deutschland wird sich an wirtschaftlichen Maßnahmen des Völkerbunds (Boykott, Blockade usw.) gegen Ausland nicht beteiligen, wenn der deutsche Vertreter einem solchen Beschluß des Völkerbunds nicht zugestimmt hat. Das in Kapalle seinerzeit abgeschlossene Freundschaftsverhältnis wird durch Förderung der beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen gefördert. Ewige Streitfragen, die sich insbesondere aus der Bindung Deutschlands in bezug auf Locarno und Genf ergeben könnten, sollen durch ein Schiedsgericht entschieden werden.

Der Vertrag soll beim Völkerbundssekretariat in Genf hinterlegt werden. Ueber die Anpassung der Vertragsartikel an die Artikel 16 und 12 der Völkerbundsstatuten konnte nach lanwierigen Verhandlungen erst kurz vor der Unter-

Blick auf die fürchterliche Wirtschaftsnote, an den Aufgaben des Reichs mitarbeiten. Die Verantwortung für die Ausschaltung der Deutschnationalen aus der Regierung tragen aber diejenigen, die in Locarno, London und Genf eine Außenpolitik geführt haben, die im Widerspruch steht mit den von ihnen mit den Deutschnationalen vereinbarten Grundlinien. Das deutschnationale Ziel könne nicht durch den Eintritt in die jetzige Regierung Luther-Strefemann erreicht werden. Auch eine Unterstützung dieser Regierung, die es ihr ermöglichte, je nachdem außenpolitisch mit den Sozialdemokraten, innenpolitisch mit den Deutschnationalen zu regieren, führe nicht zum Ziel. Stresemanns Aufforderung in Stuttgart, die Deutschnationalen sollten seine Außenpolitik unterstützen, sei eine Unmöglichkeit. Die Gründe haben sich durch die Ereignisse nach Locarno noch verstärkt; alle in Locarno geschauten „Silberstreifen“ haben sich verflüchtigt. Der deutsch-russische Neutralitätsvertrag ändere an der Locarnopolitik der Regierung nichts. In dem Kompromiß über die Fürstenabfindung habe sich die Regierung festgehalten. Die Zweidrittelmehrheit sei nicht zu erreichen, weder durch Unterstützung der Sozialdemokraten noch der Deutschnationalen; eine Unterstützung zugleich aus beiden Lagern sei natürlich ausgeschlossen.

Freiheitsstrafe wegen Beleidigung eines Belgiers

Udernach, 26. April. Bei der ersten Instanz des Militärpolizeigerichts in Koblenz hatten sich der Polizeibetriebsassistent Frant und der Montagegehilfe Mertens wegen Beleidigung des belgischen Staatsangehörigen Janzen zu verantworten. Frant wurde zu 6 Monaten Gefängnis und 600 Mark Geldstrafe, Mertens zu 1 Monat Gefängnis und 25 Mark Geldstrafe verurteilt. Beide Angeklagte erhalten in bezug auf die Freiheitsstrafe 3 Jahre Strafaufschub.

Entlassung deutscher Eisenbahner in der Tschechoslowakei

Prag, 26. April. Von der tschechischen Eisenbahnverwaltung sind 93 deutsche Eisenbahnbedienstete ohne Pension entlassen worden. Die Entlassenen standen zum Teil 15 Jahre im Dienst. Unter ihnen befinden sich 49 Familienväter. An Stelle der Deutschen wurden Tschechen angestellt.

Zeichnung eine Verständigung erzielt werden durch die Bestimmung, daß die endgültige Entscheidung von Fall zu Fall getroffen werde.

Die Reichsregierung zur Fürstenabfindung

Berlin, 26. April. Die Reichsregierung hat beschlossen, das Volksbegehren über die Fürstenenteignung dem Reichstag als Gesetzesentwurf zu unterbreiten, sie erklärt aber, daß die verlangte entschädigungslose Fürstenenteignung den Grundrissen eines Reichsstaats widerspreche, sie könne daher das Volksbegehren nicht als eine brauchbare Unterlage für die Auseinandersetzung annehmen und spreche sich aufs entschiedenste gegen die Annahme des Entwurfs durch den Reichstag aus. Dagegen könne nach ihrer Ansicht eine angemessene Regelung auf Grund des sogenannten Kompromißentwurfs erfolgen.

Der Faschismus in Polen

Kattowitz, 26. April. Die polnischen Faschisten verbreiten in Klein-Polen massenhaft einen Aufruf zur geschlossenen Teilnahme mit Fahnen und Schwarzhemden an der Verfassungsfeier am 3. Mai. Jeder Faschist soll zehn dieser Aufrufe an seine Freunde verteilen, damit Polen binnen Monatsfrist erfahre, daß der polnische Faschismus zum Kampf gegen die Unordnung bereitstehe. 100 000 Faschisten sollen in einem bestimmten Augenblick Warschau besetzen. Am 3. Juni soll die erste „Heerschau“ in Lemberg stattfinden. — Polen und Italien ist aber nicht daselbe.

Die Ausflüchte Chamberlains

London, 26. April. Gegenüber der Art, wie Chamberlain sich um die im Unterhaus gestellte Anfrage über die Verkürzung der Rheinlandbesetzung herumgedrückt und Deutschland das Recht bestritten hat, nach dem Locarno-Vertrag eine frühere Räumung zu verlangen, erklärt der „Manchester Guardian“, es sei zu milde ausgedrückt, wenn man die Ausflüchte Chamberlains als Ausflüchte bezeichne. Die Ausrechterhaltung der Befehle sei nun einmal ein Widerspruch geworden, und es heiße den Geist von Locarno in sein Gegenteil verkehren, wenn man sich hinter gewisse Buchstaben und juristische Spitzfindigkeiten im Vertrag zurückziehen wolle.

Zurückziehung der amerikanischen Missionare aus Japan

London, 26. April. Die „Evening Post“ berichtet aus Tokio, daß die Oberleitung der amerikanischen Auslandsmissionen alle amerikanischen Missionare nach Ablauf ihrer Amtszeit aus Japan zurückziehen werde und zwar infolge einer Reihe öffentlicher Angriffe auf die Missionare, deren Unwesenheit in Japan als „beleidigend“ bezeichnet worden sei. Die Direktion bekräftigt die Nachricht, die Maßnahme sei

Generalversammlung der Gewerbebank Nagold e. G. m. b. H.

fand am Samstag den 24. April 1926 im Gasthof zur „Linde“ statt. Herr Paul Schmid, Kaufmann hier, welcher den Vorsitz führte, begrüßte zunächst die erschienenen Genossen und eröffnete sodann die Versammlung. Zu Punkt 1 der Tagesordnung Bericht und Rechnungs-vorlage über das Jahr 1925 wurde sodann das Wort Herrn Dolmetsch erteilt, welcher vor allen Dingen auf die günstige Entwicklung aufmerksam machte. Den Beweis dafür lieferte das Anwachsen der gesamten Betriebsmittel auf rund 1 Million Mark (gegen 500 000 M Ende 1924), wozu die erhöhte Sparaktivität wesentlich beigetragen habe, denn die Spargelder seien von 125 000 M Ende 1924 auf rund 500 000 M Ende 1925 gestiegen. Die Bank betrachte es als eine ihrer Hauptaufgaben, das Spargeschäft zu pflegen, um die der Wirtschaft so notwendigen Mittel zu beschaffen. Es sei ferner gelungen, selbst in kritischer Zeit sich die Zahlungsbereitschaft zu sichern und man sei jetzt in der Lage, berechtigten Kreditanprüchen zu genügen. Bei Gewährung von Krediten lasse die Bankverwaltung stets größte Vorsicht walten, aber ebenso sollte auch jeder Kreditnehmer vorher prüfen, ob sein Betrieb die heute noch bestehenden Zinsen ertragen könne. Verluste seien noch keine vorgekommen und man dürfe auch zuversichtlich sein, in Zukunft vor solchen bewahrt zu bleiben, da 60% aller gewährten Kredite durch Hypotheken an erster Stelle und der Rest durch gute Bürgschaften gesichert seien. Der Geschäftsgang im allgemeinen könne als befriedigend bezeichnet werden, der Umsatz auf einer Seite des Hauptbuches betrage 23 624 900 M gegen 18 840 000 M in 1924 und 16 500 000 M in 1914. Auch die Zahl der Mitglieder habe zugenommen und den Stand von 977 erreicht. Zum Schluss wurde noch an alle Genossen die dringende Bitte gerichtet, die Gewerbebank als ihre eigene Bank unter allen Umständen zu unterstützen und sie mit der Ausführung aller bankgeschäftlichen Transaktionen zu beauftragen.

Den Bericht über die im vergangenen Jahr durch Herrn Verbandsreferent Schumacher vorgenommene gestellte Revision sowie über die Kontrolle der von der Bank eingesetzten Kommission erhaltene Herr Johs. Schöttle, Kaufmann, Ebhausen.

Die Verwendung des Reingewinns wurde in der vorgeschlagenen Weise genehmigt (Dividende 14%). Ebenso wie im vorigen Jahre wurden 1 000 M an bedürftige alte Mitglieder und Sparer ausgeschüttet. Erwähnt sei noch, daß der Aufwertsungsfond nach der diesjährigen Zumeilung die Höhe von 45 000 M erreicht hat. (Die Gewerbebank ist bestrebt, diesen Fond im Laufe der Zeit derart zu stärken, daß sie in gleicher Weise wie die öffentlichen Kassen aufwerten kann.) Dem Vorstand und Aufsichtsrat wurde Entlastung erteilt.

Sodann erfolgte die Neufestsetzung des einen einzelnen Mitglieds zu gewährenden Höchstbetrags. Der Höchstbetrags in laufender Rechnung wurde von 30 000 M auf 40 000 M erhöht und der Wechselbetrags mit 50 000 M normiert.

Sämtliche Beschlüsse wurden fast einmütig genehmigt.

Die ausscheidenden Aufsichtsratsmitglieder Wilh. Hart, Fabrikant, Johs. Schöttle, Kaufmann, Ehr. Schwarz, Kaufmann, wurden wieder gewählt.

Zu der darauf folgenden Diskussion ergriff H. Gemeindepfleger Weiß Bollmaringen das Wort und sprach der Bankverwaltung welche jederzeit bereit sei, die Genossen nach Möglichkeit zu unterstützen, den Dank der Genossen aus.

Aus dem Vorstehenden ist zu entnehmen, wie die Gewerbebank fähig ist, nicht nur die Interessen von Handel und Gewerbe in vollstem Maße zu vertreten, sondern auch die der übrigen Bürgerschaft, die ihre Spargelder dort zur Anlage bringt. Besonders aber findet Handel und Gewerbe an ihr einen Stützpunkt sowohl in sicherer Anlage ihrer Gelder, als auch bei Aufnahme von kleineren und größeren Krediten und wie groß das Vertrauen der bisher ihr arbeitenden Geschäftsleute im vergangenen Jahr war und in welchen Ausmaße das Vertrauen zur Anlage von Geldern auf Bankkonten wächst, beweisen die Zahlen des erhöhten Umsatzes im Jahre 1925 gegen die Vorjahreszeit.

Am 6 Uhr schloß der Vorsitzende die Versammlung, indem er den Mitgliedern noch für ihr Erscheinen danke und bat, auch in Zukunft treu zur Genossenschaft zu halten.

neralversammlung ist beschlossen worden, das goldene Jubiläum des Vereins am 9. Mai in begrüßenswert beschiedenem Rahmen zu begehen, von Einladungen auswärtiger Vereine abzusehen und nur eine Festversammlung mit Teilnahme des Lieberfranzes abzuhalten. Von den einstigen Gründern leben nur noch drei.

Unterjettingen, 26. April. Schlägerei. Wegen einer geringfügigen Sache kam es am Sonntag hier zu einer Schlägerei, wobei dem aus Saarbrücken stammenden und z. Zt. bei Mechaniker Schweikle-Nagold beschäftigten Ludwig Hary der Fuß abgeschlagen wurde. Der Täter konnte bisher nicht festgestellt werden.

Serrenberg, 26. April. 7. Landesposaunen-Tag. Am Himmelfahrtsfest, 13. Mai, findet hier der 7. Landesposaunen-Tag des Württ. Evang. Jungmännerbundes statt. Bis jetzt haben ca. 450 Bläser aus dem ganzen Lande ihre Mitwirkung zugesagt. Unter der bewährten Leitung von Reallehrer Luz-Stuttgart findet u. a. anschließend an den Festgottesdienst (1/2 10 Uhr) um 11 Uhr ein Plagblasen vor der Stadtkirche statt. — Hat doch schon mancher Choral dieser Posaunenchor die Zuhörer erquickt und in Stadt und Land hört man allezeit die Weisen dieser Bläser gerne, besonders wenn sie am Sonntag morgen den Tag des Herrn mit einem Choral vom Turm einleiten. Während des Krieges haben die Posaunenbläser mancherorts an Stelle der fehlenden Kirchenglocken mit ihrem Blasen um Gottesdienst gerufen. Das war auch ein Dienst zur Freude und Erbauung der Gemeinde. — Den Schluß des Tages wird ein Ausklang in der Stadtkirche bilden, bei dem Kirchenpräsident D. Dr. v. Metz reden wird.

Regingen O. A. Horb, 26. April. Selbstmord. Der seit 3 Wochen vermisste 22jährige Sohn des Viehhändlers Preshburger hier, dessen Stellung in Pforzheim gekündigt worden war, hat in München den Tod in der Hölle gesucht.

Sirfan O. A. Calw, 26. April. Betriebsverlegung. In die ehemalige Maschinenfabrik Klein-Wildbad, die derzeit umgebaut wird, wird demnächst die Großwäscherei A. Marquardt in Baihingen a. F. unter dem Namen Schwarzwaldbäscherei verlegt werden.

Letzte Nachrichten

Das Echo des Berliner Vertrages in der Berliner Presse.

Berlin, 27. April. Der „Tag“ schreibt: Vielleicht wirkt der Vertrag als Regulator unserer auswärtigen Politik, als Gegengewicht gegen die gleichzeitige Locarno-Rückentwicklung; dann wird sein Abschluß auf lange Sicht zweifellos als Aktion zu buchen sein. Der „Lokalanzeiger“ meint, darin daß auch in diesem neuen Diplomatenwerk der deutsche Locarnoismus zum Ausdruck kommt, liege geschlossen, daß man einem, wenn auch nicht gerade weltbewegenden, so doch ganz nützlichen und einwandfreien Vertrage wie dem deutsch-russischen gegenüber sich bis ans Herz hinan bleiben müsse. Die „Tägliche Rundschau“ schreibt: Man wird erwarten dürfen, daß der Vertragsabschluß seinen Zweck erfüllt, eine Brücke friedlicher Entwicklung und ein besseres Zusammenarbeiten zwischen West und Ost zu bilden. Die „Germania“ sagt: Die Vereinbarungen brauchen das Tageslicht nicht zu scheuen, enthalten sie doch nichts, was als Vertragsbruch anderen Mächten gegenüber eingegangener Verpflichtungen aufgefaßt werden könnte. Der „Vorwärts“ schreibt: Die Sozialdemokratie hat den neuen Vertrag gebilligt, unter der Voraussetzung, daß der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund erfolgt und der Pakt von Locarno in Kraft tritt. Dann erst wird das richtige Gleichgewicht der Verträge hergestellt sein und Deutschland wird seine Mission als Friedensmittler zwischen Ost und West erfüllen können.

Das Prager Tagblatt zu dem Berliner Vertrag.

Prag, 27. April. Von der Prager Presse hat vorläufig nur das „Prager Tagblatt“ zu dem Vertragstext Stellung genommen. Universitätsprofessor Heinrich Raueberg von der Prager deutschen Universität schreibt über den Vertragstext u. a.: „Nun da der Text vorliegt, zeigt es sich, daß die Bestimmungen der einen Seite genau so unbegründet waren, wie die übertriebenen Hoffnungen der andern. Deutschland hat weder für die Westmächte noch für Rußland optiert, sondern für den Frieden und für den Ausbau des europäischen Wirtschaftslebens, der ohne die Einbeziehung Rußlands undenkbar ist.“

Rein Schritt des englischen Botschafters.

Berlin, 27. April. Die „Tägliche Rundschau“ stellt fest, daß die Meldung des „Daily Telegraph“, in der davon die Rede ist, der Abschluß des deutsch-russischen Vertrags sei mit besonderer Beschleunigung erfolgt, nachdem der englische Botschafter Lord Aberdeen nähere Erklärungen gefordert habe, nicht den Tatsachen entspreche. Derartige Erklärungen sind in Berlin nicht gegeben worden.

Die Reichsregierung gegen Held?

Berlin, 27. April. Wie die „Vossische Zeitung“ einer Korrespondenz entnimmt, hat die Regensburger Rede des bayerischen Ministerpräsidenten Held Gegenstand der Erörterungen im Auswärtigen Ausschuss des Reichsrats gebildet. Wie verlautet, beabsichtigt die Reichsregierung, sich wegen dieser Rede amtlich mit der bayerischen Staatsregierung in Verbindung zu setzen.

Wiederbeginn der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen.

Berlin, 27. April. Wie die Morgenblätter melden, ist zwischen dem Handelsrat der polnischen Gesandtschaft in Berlin und dem Direktor der Zollabteilung im Reichswirtschaftsministerium vereinbart worden, die Handelsvertragsverhandlungen am 20. Mai in Berlin zu beginnen.

Der deutsch-russische Vertrag ist heute in seinem Wortlaut veröffentlicht worden.

Zwischen Reichsminister Dr. Stresemann und dem Moskauer Volkskommissar Tschischewin wurden anlässlich der U. erzeichnung des deutsch-russischen Vertrags Glückwunschkommunikationen ausgetauscht. Der russische Botschafter Preksinski soll den Orden der „Roten Fahne“ erhalten.

wortlichkeit der Gemeinden für ihre Steuerwirtschaft bringen soll, von dem aber gar nicht erwiesen ist, daß er den Gemeinden steuerliche Mehrerträge bringt, im Gegenteil zu bezeichnen ist, daß die Landgemeinden gegenüber den großen Städten ins Hintertreffen kommen.

Nach sorgfältiger Abwägung aller dieser Gesichtspunkte wird nicht an einer Erhöhung, als die Umlage um einige Prozent zu erhöhen, wenigstens insofern, als auf den Walo die großen Aufwendungen für Kulturen zu machen sind und eine Erhöhung des Lebensstandes des Stadtwalds nicht zu erwarten ist. Der ungedeckte Rest wäre beim Ausgleichsstock anzumelden. In der gleichen mäßigen Lage sind fast alle größeren württ. Gemeinden, wie wir fast tagtäglich in den Tageszeitungen lesen können.

Nach dem vorläufigen Abschluß des Hauptvoranschlags der Stadtpflege betragen die Einnahmen 224 050 M gegenüber dem Vorjahr mit 232 220 M eine Verringerung von 8 170 M und die Ausgaben 332 936 M gegenüber dem Vorjahr von 344 954 M eine Minderung der Ausgaben um rund 12 000 M. Auf die Gestaltung der persönlichen Ausgaben hat die Stadt einen verhältnismäßig geringen Einfluß. Die Gehaltspolitik wird vom Reich gemacht, ebenso wie die Preispolitik. Zuerst ist im Verhältnis des persönlichen zum sachlichen Aufwand gegenüber der Vorjahreszeit beim Stadthaushalt eine wesentliche Veränderung nicht eingetreten. Es betrug der Personalaufwand im Jahre 1914 38% des Gesamtaufwands und 1925 40% des Gesamtaufwands. Im Ganzen haben sich die Ausgaben der Stadt gegenüber dem Frieden verdoppelt.

Nach diesen allgemeinen Darlegungen wird in die Beratung der Einzelvoranschläge eingetreten.

Beim Voranschlag der Stadtwaldpflege betragen die Einnahmen 171 927 M, die Ausgaben 121 609 M, ergibt einen Ueberschuß von 50 318 M. Dabei betragen die Verwaltungskosten aller Art 25 219 M, die Holzwerker-, Afford- und Tagelöhne 40 800 M, die Kulturarbeiten 23 000 M, Verkehrseinrichtungen 10 000 M, Versicherungs-Aufwendungen aller Art 6 000 M, zusammen Betriebskosten 84 300 M, die Steuern und Berufsvereinsbeiträge 7 750 M, Barvergütungen an Gemeindevorstände 4 340 M. Die jährliche Hauptnutzung ist bekanntlich auf 5 000 Fhm. festgesetzt, davon können 4 000 Fhm. für laufende Zwecke verwendet werden, während 1 000 Fhm. zur Aufarbeitung der Kulturrückstände und zu Wegbauten bestimmt sind. Im laufenden Wirtschaftsjahr ist Außerordentliches in Bezug auf die Vereitigung der Kulturrückstände und der Verjüngung des Stadtwalds geleistet worden zu deren Deckung auf die außerordentliche Nutzung vorzugreifen möglich ist. Es sind über 300 000 Pflanzn gefest, 14 Jtr. Weißtannen, 50 Jtr. Bucheln und 66 Jtr. Eichen geät worden. Diese außerordentliche Anstrengung hat die Forstverwaltung gemacht 1. um die abnormen Verhältnisse im Stadtwald so rasch als möglich zu beseitigen; 2. weil die Sämereien billig waren; 3. die zahlreichen Arbeitslosen beschäftigt werden sollen; 4. die Pflanzungsperiode frühzeitig einsetzte und das Jahr geeignete Witterungsverhältnisse verspricht. Kommen wir auf diese Weise mit unierem Arbeiten im Stadtwald in den nächsten Jahren aufs Laufende, so ist für später auch eine bessere Rente des Stadtwalds zu erwarten. Der Rückgang des Waldreinertrags um 20 000 M rührt daher, daß die Stammholzerlöse heute um 15% geringer sind als im Vorjahr und die Afford-, Tagelöhne sich gesteigert haben.

Der Voranschlag der Ortsfürsorge ist in Anwesenheit der Herren Geistlichen, Stefan Otto und Stadtschreiber Dr. Mager, beraten worden. Er sieht an Einnahmen 66 800 M, an Ausgaben 16 660 M vor, sodas sich ein Romangel von 10 000 M ergibt, der durch die Stadtkasse zu decken ist, im Vorjahr 12 000 M. (Fortsetzung folgt).

Die nächste öffentliche Sitzung des Gemeinderats findet am Mittwoch, den 28. April, nachm. 5 Uhr statt.

Zum neuen Fahrplan 1926/27.

(Schluß).

2. Die Nagoldbahn. Auch auf dieser Strecke können wir Verbesserungen feststellen. Das Sitzgutspar, das schon im letzten Sommer gefahren wurde, aber leider ungenügenden Besuch erwaris, kommt diesmal wieder, und zwar in günstigerer Fahrzeit und mit geschickten Anschlüssen. Der Morgeneinzug Pforzheim ab 7.45, Calw ab 8.15, Eutingen an 8.56 hat in Pforzheim Anschlüsse von Mühlacker wie von Karlsruhe-Mannheim her, und hat in Eutingen Anschluß auf den Züricher D-Zug. Wir möchten aber mit allem Nachdruck betonen, daß es unumgänglich notwendig ist, daß dieser Zug auch wirklich benützt wird. Es ist das erste Fernzugpaar, mit dem die Probe gemacht werden muß, ob unsere Ostfischwarwaldbahn in die

Konkurrenz der Nord-Südlinien künftig einmal überhaupt zugelassen werden wird. Wenn wir im nächsten Sommer eine gute Besetzung der Sitzgüte erreichen, wozu überall Empfehlung und Befanlagabe dieser Züge notwendig ist, werden sie voraussichtlich auch im Winter gefahren werden. Ist dagegen die Besetzung wie im letzten Sommer und Herbst eine ungenügende, so müssen wir mit Sicherheit rechnen, daß die Züge in den nächsten Fahrplan überhaupt nicht mehr aufgenommen werden. Es ist daher unbedingt notwendig, wie es die Pforzheimer tun, daß auch das Nagoldtal diese Züge bekannt macht und reichlich benützt. Unsere Nagoldbahn wird insofern mit tödlicher Sicherheit zur Provinialstrecke degradiert mit den üblen Folgen: ein Beispiel bietet der Winterfahrplan, nach dessen Entwurf es auch wieder nur möglich ist, von Calw nachmittags nach Pforzheim zu fahren 2.25, und dann nicht mehr bis 7.59. Also eigentlich keine Möglichkeit, irgendwelche Veranstaltung in Pforzheim zu besuchen. Das wäre dadurch erleichtert worden, daß der Nachtzug von Pforzheim erst 10.21 dort abfährt; aber wer hat heute Zeit, wenn er zu einer Abendveranstaltung will schon den ganzen Nachmittag dafür zu opfern? Wir geben uns aber immer noch der Hoffnung hin, daß das Sitzgutspar so benützt wird, daß es ganzjährig bleibt. Zunächst also müssen wir feststellen, daß unsere Wünsche in der Hauptsache erfüllt worden sind.

3. Auch die Enztalbahn hat ihren guten Fahrplan vom letzten Sommer wieder erhalten. Noch in letzter Stunde ist es möglich geworden, den bedrohten Uebergang vom Nagoldtal, Calw ab 6.48, Bötzingen an 7.35, Bötzingen ab 8.03, Wildbad an 8.56, ganzjährig zu retten. Der Fremdenverkehr im Sommer und der Berufsverkehr vom Enztal nach Pforzheim das ganze Jahr bringt es mit sich, daß die Wünsche des Enztals fast vollauf befriedigt werden konnten.

4. Auf der Altensteiger Bahn ist außer kleinen Verschiebungen in den A. Fahrtszeiten nur eine wichtige Aenderung: der letzte Zug von Nagold ab geht nicht mehr schon 8.35, sondern erst 10.05 und kommt in Altensteig an 10.55. Diese Neuerung verbessert allerdings die Verbindung von Enztal nach Horb her, bringt aber den Nachteil mit sich, daß die von Pforzheim Calw herkommenden Reisenden von 8.21 bis 10.05 in Nagold stillliegen müssen. Es wird Sache der Erfahrung sein, welcher Zug den größeren Vorteil zu bieten vermag.

Auf allen Strecken können wir mit Genugtuung sehen, daß der Fahrplankünstler seiner schwierigen Aufgabe im Rahmen des Möglichen gerecht geworden ist; wir sind überzeugt, daß er die noch vorhandenen Mängel und Fehler im Interesse der Bequemlichkeit der Reisenden zu beseitigen suchen wird.

Generalversammlung des Bienenzüchtervereins

Bei der am Sonntag im Gasth. z. „Traube“ in Nagold tagenden Generalversammlung des Bienenzüchtervereins sprach Zmtler Kolb aus Karlsruhe über die wichtigsten Frühjahrsarbeiten am Bienenstand: Eine gründliche Unternehmung und Reinigung sollte vorüber sein. Weisellose und drohenbrütige Völker müssen unter allen Umständen abgesetzt oder mit dem Nachbar vereinigt werden. Wärme ist am wichtigsten in den kalten Nächten des April. Der April muß den Grund legen zur kommenden Hochtracht, denn 5 Wochen ist die Entwödlungszeit der Biene, also nur Aprilbrut bringt Hochtracht. Schwächlinge lasse sterben, alle Mühe ist vergebens. Beobachte deine Völker stets am Flugloch und schaue nicht zu viel ins Innere, denn es bringt Wirt-war. Jeder Zmtler treibe Königszucht, aber nur von richtigen Völkern. Wählzucht heißt die Zucht. Qualitätsware, nicht Farben sollen erzeugt werden. Treibe ja keine Zucht, sondern zorge für reiches Blut aus passenden Ständen. Habe immer auch ein Auge auf die gefährlichen Bienenkrankheiten wie Faulbrut und Nosemma. Die einfache, billige, aber gut gebaute Wohnung ist die beste und nicht die vielgepriesenen, verkomplizierten Wohnungen der Neuzeit. Zu empfehlen wäre noch der Blätterstich neben den Kästen mit Oberbehandlung. Für eine richtige Erweiterung und Erneuerung des Brutnestes ist jezt Sorge zu tragen. Den Honigraum öffne man nicht zu früh, erst wenn der Brutraum wirklich gut belagert ist. Rumpfwaben gehören nicht mitten ins Brutnest bei fählem Wetter. Fütterer bei Tracht nachschaff, damit die Königin im Eierlegen nicht zurückgeht. Jezt muß der Zmtler seine Völker stets im Auge haben, wenn er zur Honigernte eine tüchtige Arbeiterschär ins Feld schicken will.

Im Sommer ist in Ulm eine Bienen-Ausstellung, welche großartig zu werden verspricht, daher sei der Besuch den Zmtlern warm empfohlen. Ein gutes Honigjahr wäre aber der herzlichste Wunsch aller Zmtler. Möchte es ihnen beschieden sein!

Rohrdorf, 26. April. Goldenes Vereinsjubiläum. Der 1876 von 16 Mann hier gegründete Militär- und Kriegerverein besteht nun fünfzig Jahre. In außerordentlicher Ge-

Handel und Volkswirtschaft

Berliner Getreidepreise, 26. April. Weizen märk. 29.20—29.50, Roggen 17.10—17.60, Wintergerste 17.30—19, Sommergerste 19.50 bis 21.10, Hafer 19.10—20.10, Weizenmehl 37.25—39.50, Roggenmehl 25—26.50, Weizenkleie 11.25, Roggenkleie 12—12.25.

Geldüberweisungen aus Russland. Die Sowjetregierung hat bestimmt, daß ein Abnehmer monatlich höchstens 100 Rubel Bargeld ins Ausland versenden darf.

Preiserhöhung für gewerblichen Spiritus. Nach der geplanten Neufassung des Monopolgeetzes soll der Preis für Spiritus, der zur Herstellung von Sehlmitteln und Lugsaralkeln, Essenzen usw. verwendet wird, dem Spiritus für Trinkbranntwein gleichgestellt, d. h. von 200 auf 430 M für das Hektoliter erhöht werden. Wahrscheinlich war u. a. die Tatsache, daß vielfach solcher gewerblicher Spiritus betrügerischerweise als Trinkbranntwein verwerlet wird. Im Kautschukprozeß wurden derartige Betrügereien nach Millionenwerten aufgedeckt. Der Verband deutscher Feinseifen- und Parfümeriefabrikanten hat gegen die Preiserhöhung Einspruch erhoben.

Warnung vor Schmutzern im deutsch-russischen Geschäft. In einer Kölner Versammlung von Firmen, die an dem durch Reichsbürgerschaft unterstützten Geschäft nach Russland interessiert sind, teilte der Vertreter der Moskauer Handelsstelle in Berlin mit, es habe sich bereits eine große Zahl von Schmutzern in das Geschäft eingeschlichen. Vor diesen unbefugten Vermittlern sei dringend zu warnen. Die russische Geschäftsstelle arbeite nicht mit Vermittlern, sondern verberge ihre Aufträge unmittelbar. Eine größere Anzahl deutscher Firmen sei schon durch die Schmutzerei durch Provisionsabnahme usw. geschädigt worden.

Vom Oberland, 26. April. Vieheinfuhr. Zurzeit wird wieder ziemlich viel Holländer Schafwolle nach Württemberg eingeführt, so daß die Preise für Rube und Kalben gedrückt werden.

Wärkte

Mannheimer Viehmarkt, 26. April. Zuegeführt und für 50 kg gehandelt wurden: 222 Ochsen 28—57, 108 Bullen 35—51 sowie 667 Kühe und Rinder: Rube 14—48, Rinder 42—59, 712 Kälber 52—85, 24 Schafe 40—45, 1772 Schweine 68—82, 13 Flegeln ohne Notz. Marktverlauf: mittelmäßig. Großvieh, Küber und Schweine ausverkauft. Nächste Woche am 2., 3. und 4. Mai Markt.

Viehpreise. Ebersbach a. F.: Rube 400, Kalben 600 bis 700, Rinder 200—350. — Weilberg: Rinder 300—606, Jungvieh 133—250. A. d. St.

Konkurrenz.
Kaufmann August Scheuber, Kurz-, Weiß- und Wollwaren-geschäft in Zellbach. — Firma Maschinenfabrik Ulm in Ulm. — Karl Ganter, Flaschnermeister in Frittlingen. — Heinrich Meyer, Kaufmann in Leonberg. — Firma Strumpfwarenfabrik Sauter & Wegel in Hirschau O. A. Hottenburg a. N.

Viehseuchen in Württemberg.
Die Maul- und Klauenseuche ist ausgebrochen in Oberjesheim O. A. Heilbronn.
Die Seuche ist erloschen in Knittlingen und Oberberdingen O. A. Maulbronn; Kirchheim.

Gestorbene:
Freudenstadt: Hermann Schweifer, Werkzeugmacher, 32 J. Baiersbrunn: Jakob Gaifer, Bauer, 69 J. Neuenbürg: Wily. Dietrich, Metzgermstr. u. Mesner, 62 J.

Das Wetter
Die Wirkung der südlichen Depression ist im Rückgang begriffen, doch sind noch kleine Teilwirbel vorhanden. Für Mittwoch und Donnerstag ist, wenn auch zeitweise bedecktes, so doch vorwiegend trockenes Wetter zu erwarten.

Die sparsame Hausfrau
verwendet für ihren Fußboden keine Beize mehr, denn sie erzielt Dauerglanz. Dauerfarbe, nass wischbar mit dem unerreichten



KINESSA BOHNERWACHS
in den bekannten Verkaufsstellen
Lössen-Druck, Inh.: Franz Souff. K. Ungerer, Farben u. Lacke. Chem. Fabr. Milton Rohrbacher, Göttingen.

Am Donnerstag (Markttag) verkaufe ich erstklassige, schöne Hohentloher und Oberländer



Milch- u. Läufer-Schweine.
Chr. Kienle, Schweinehdlg.
Nagold. Telefon 112. 1494

Verkaufe am Freitag, den 30. April 1926 einen 6-jährigen



Fuchswallach
mit jeder gesetzlichen Garantie eine wenig gebrauchte, bereits neue 1/2spännige

Mähmaschine
einen neuen.

Heuwender
sowie sonstige Baumannsfahrnis.
Albert Gänze, Metzger, Walldorf.



Eierspeisen auf 100 Weisen
Alle Verwendungsmöglichkeiten des Eis findet die Hausfrau in diesem Ullstein-Sonderheft. Für M 0,75 erhältlich bei:
Buchhandlg. Zaiser, Nagold.

Zu verkaufen am Markttag, den 29. April 1 wenig gebrauchten

Charaban
Zu besichtigen bei 1497 Malermeister Hespeler, Nagold.
Nagold.

Brut-Eier
von prämierten, reinarzigen reibhuhnfarbigen Italienern gibt ab. 1 Stück 25 J. 1490
Kraft, Galgenberg

Sibeln
sind wieder vorrätig bei
Buchhandlung Zaiser.

Ein 1 1/2-jähriges, schönes



Rind
verkauft 1497
Christian Kien
Walldorf.

Gewerbebank Nagold, e. G. m. b. H.
Bilanz auf 31. Dezember 1925

Soll	Haben
Kassen-Bestand	25 752.97
Fremde Sorten	980.79
Wechsel-Bestand	152 463.74
Schuldner in lfd. Rechnung	805 054.45
Banken-Conto	25 774.93
Bank-Gebäude	35 000.—
Geschäftsanteil bei Zentralkasse	3 000.—
	40 834.29
	2 000.—
	1 500.—
	4 534.70
	25 906.93
	1 048 026.88

Mitgliederstand per Ende 1925: 977.
Die Gesamthaltsumme beträgt Mk. 990 000.—
Umsatz auf einer Hauptbuchseite Mk. 23 624 794.89 gegenüber Mk. 16 506 635.— im Jahre 1914.
NAGOLD, den 24. April 1926.

Der Vorstand:
P. Schmid, P. Dolmetsch, G. Frasch.

Hochdorf-Felshausen.
Hochzeits-Einladung.
Zur Feier unserer ehelichen Verbindung gestalten wir uns, Verwandte, Freunde und Bekannte auf 1423
Donnerstag, den 29. April 1926
in das Gasthaus „Lamm“ in Felshausen freundlichst einzuladen.

Friedrich Jedele & **Name Renz**
Schmied & Tochter des
Sohn d. f. Karl Jedele & Johs. Renz, Fabrik-Maurer, Hochdorf. Arbeiter, Felshausen
Kirchgang 1/2 12 Uhr.

Wir bitten, dies statt jeder besonderen Einladung entgegennehmen zu wollen.

W. B. N. 8 Uhr Probe des gem. Chors. 1498

Museumsgesellschaft NAGOLD.
Sonntag, den 2. Mai
Ausflug.
Abfahrt 12⁴⁵ Stadtbahnhof — Sonntag-Fahrt nach Bernegg über Bernegg und Bayers-Sägmühle nach Zwerenberg ins Lamm. Rückkehr 7⁴⁵ abds.
Dazu werden die Mitglieder zu zahlreicher Beteiligung eingeladen.
1945 Der Ausschuss.

Gesucht für Personen-Lastwagen nüchtern, leb., ev., bis 26 Jahre alter 1483

Chauffeur
welcher selbständig vorkommende Reparaturen macht. Geleitet Autoschlösser beorzugt.
Offerten mit Zeugnisabschrift erbitet
A. Gropp, Rohrdorf
bei Nagold.

Gefunden
wurde auf dem Weg Pfondorf-Mindersbach ein kleiner Geldbetrag mit Brief aus Amerika und Unterschrift J. F. Wiedmann. Abzuholen innerhalb 8 Tagen bei **Friedr. Sackmann** 1491 Rohrdorf.

Strümpfe Socken Woll- u. Baumwoll-Garne
empfehlen 1495
Stefan Schauble.

Parkettboden- und Linoleum-Wichse
weiß und gelb von Mayer in Ia Terpentinöl-Ware

Prima Parkett-Stahlspäne
Fußbodenöl peruch-los **Putztücher**
bei 1500
Hermann Knodel

Ver. Lieder- u. Sängerkrantz Nagold.
Am Mittwoch, den 28. April 1926, abends 8 Uhr, findet im Traubensaal die ordentliche

Generalversammlung

statt.

Tagesordnung:
1) Jahresbericht.
2) Kassenbericht.
3) Verschiedenes.

Dazu werden die verehrl. aktiven und passiven Mitglieder freundlichst eingeladen.
1319 Der Vorstand.

Nagold, 26. April 1926.



Danksagung.
Für die vielen Beweise herzl. Teilnahme bei dem Hinscheiden unseres lieben, unergelichen Vaters, Schwiegervaters und Großvaters

Michael Eisenmann
für die tröstlichen Worte des Herrn Delans, für die Kranzniederlegung des Militär- und Veteranenvereins und der Eisenbahner, sowie allen denen, die dem Verstorbenen das letzte Geleit gaben, sagen wir auf diesem Wege unsern herzlichsten Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Codes-Anzeige.



Mein treubeforderter Gatte, unser Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder und Schwager

Heinr. Maurer
Metzger und Engewirt
ist heute nach langem, schmerzlichen Leiden, wohl vorbereitet im Alter von 68 Jahren gestorben.
Wir bitten, dies als besondere Anzeige entgegennehmen zu wollen.
Beerdigung Donnerstag, vorm. 9 Uhr.
Bollmaringen, 26. April 1926.
In tiefer Trauer:
die Gattin **Christine Maurer** geb. Graf.
Namens der 5 Kinder:
Alwis Maurer, Nagold.

Stroh-Hüte
für Herren, Knaben und Kinder
von billigem bis zum feinsten Panamahut empfiehlt 1501

Hermann Knodel

Taschenbibeln
Heute keine Singtunde.
bei G. W. Zaiser

Immer und nur Rahma-buttergleich
MARGARINE

Nr. 97
Die preu...
Winger a...
Verfügung...
In Genf...
Vorhild des...
Die Sow...
an der russi...
nische Regie...
sprach erhob...
In Engl...
Franzosen...
hinderte, ob...
auch von G...
Man witter...
Ausfuhrge...
Joseph der...
ten Poincar...
Infolge d...
Lieferungen...
ndigt war...
industrie zu...
Schaden, de...
sich hier, w...
reich verm...
lands der d...
zu ruinieren...
der franz...
nicht durch...
reichs noch...
Industrie de...
einmal der...
Unter F...
liche Berf...
gunsten der...
dem Name...
Sachlieferu...
künstlich ge...
Ende, und...
wettbewerb...
herabgele...
Arbeiter...
sich erheben...
reichen Aus...
durch Beib...
allgemeine...
gierung et...
über unan...
britische Re...
Subventio...
mit dem 30...
so wird de...
gewandt ho...
als sie von...
Was ist...
sichen Dum...
nach — au...
einig, das...
müssen. Da...
scheint, de...
in die Hö...
das einzule...
erzeugung...
lagen: dur...
zeitig län...
noch mehr...
arbeiter sic...
nicht unbel...
geht jetzt...
für das ga...
beiter wolle...
herren, ört...
herabsetz...
zwischen 6...
Ein Aus...
und der d...
außerdem...
Durchföhr...
zwischen m...
langen an...
preis mit...
sie höhere...
Preisent...
bereits hin...
Preisent...
festgelegt, a...
wir bis her...
die Gruber...
seien die...
zu hoch; di...
nichts dav...
um 10 Pro...
In dief...
Brechen sic...